

## **REFORMKURS IN CHINA BESTÄTIGT**

**IN PEKING HAT VOM 9. BIS 12. NOVEMBER 2013 DAS 3. PLENUM DES 18. ZK DER KP CHINA STATTGEFUNDEN. ZUM ABSCHLUSS DER TAGUNG WURDE EIN «BESCHLUSS ÜBER EINIGE WICHTIGE FRAGEN DER UMFASSENDEN VERTIEFUNG DER REFORM» VERÖFFENTLICHT.**

Von Lutz Pohle, Leiter des RLS-Büros in Peking.

Die Resonanz im Ausland ist groß, allerdings gehen die Auffassungen über dieses Plenum wieder einmal recht weit auseinander – nicht nur im linken Lager. So befeuert das Plenum die linke Diskussion, wieviel «Kapitalismus» die Kommunistische Partei in China gestattet oder gestatten darf und ob sie überhaupt noch die Kontrolle über die Märkte und das Kapital im Lande hat. Die einen vergleichen die Entwicklung in China mit einem «Ritt auf dem Rücken eines wilden Tigers», der dabei ist durchzugehen und seine Reiter abzuwerfen<sup>1)</sup>. Andere sind durch die veröffentlichten Dokumente in der Auffassung bestärkt, dass «China seinen Kurs in Richtung auf mehr Kapitalismus verstärken wird»<sup>2)</sup>. Wieder andere konzentrieren ihre Aufmerksamkeit vor allem auf die beschlossene weitere wirtschaftliche Öffnung des Landes, z.B. für ausländische Investitionen und fragen, wohin und wie weit beispielsweise die angekündigten Schritte zur Liberalisierung der Finanzinstitutionen in China gehen werden. Die großen regionalen und überregionalen, sog. Leitmedien in Deutschland, berichten alle ausführlich über das Plenum einer Kommunistischen Partei. Von der Frankfurter Allgemeinen bis zur Süddeutschen – alle stellen fast erleichtert heraus, dass Reform und Markt erneut den Schwerpunkt bilden und dass der eingeschlagene Kurs in China fortgesetzt werden soll. Sie rätseln zunächst vorrangig darüber, was es bedeutet, dass der «Markt» in China nun eine «entscheidende» Rolle spielen soll, im Unterschied zu einer «wichtigen» Rolle, wie früher formuliert. Später folgen ausführliche Beiträge über die angekündigten Veränderungen in der sog. «Ein-Kind-Politik» oder zur Abschaffung des «Lao Jiao»-Systems, des stark kritisierten «Systems der Umerziehung durch Arbeit». Allerdings bleiben auch, so die Deutsche Welle, «viele offene Fragen».

Die Aufmerksamkeit für das Treffen in Peking ist verständlich. Es ist offenkundig, dass die mittlerweile zweitstärkste Wirtschaftsmacht der Welt nach Wegen sucht, wie die Wirtschaft am Laufen und das Land stabil gehalten werden können. Das ist auch für die krisengeschüttelte Entwicklung in Europa, in Amerika oder in vielen anderen Ländern inzwischen von enormer Bedeutung. Produktionsstandort oder Absatzmarkt, Zulieferer oder Endkunde, Investor oder Arbeitnehmer, Neoliberaler oder Pazifist, links oder rechts – an welchem Punkt der globalisierten Welt man auch ansetzt – irgendwo, so hat man inzwischen den Eindruck, kommt China immer darin vor. Es richten sich auch immer mehr Augen auf China wenn es darum geht, Alternativen zu vorherrschenden Denk- und Verhaltensmustern hinsichtlich globaler Existenzfragen oder aktueller Entwicklungsstrategien zu suchen. Ob Klimawandel oder Solarzellen-Disput, Grüner Sozialismus oder Elektroauto – die chinesische Haltung dazu und zu noch viel mehr ist mehr denn je gefragt.

Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die Tagung der regierenden Partei Chinas weltweit aufmerksam beobachtet und kommentiert wird. Hinzu kommt, dass der 3. Tagung eines neu gewählten Zentralkomitees der Partei in China seit Deng Xiaoping etwas Besonderes anhaftet. Im Herbst 1978, vor ziemlich genau 35 Jahren, hat die 3. Tagung des 11. ZK die «Politik der Reform und Öffnung» beschlossen, die maßgeblich von Deng entwickelt und implementiert wurde. 1993 wurden auf der 3. Tagung des 14. ZK der nach den Tian-An-Men-Ereignissen 1989 ins Stocken geratene Reformkurs und das System der «sozialistischen Marktwirtschaft» bestätigt.

Im November 2013 wurde nun in Peking auf der 3. Tagung des 18. ZK ein «Beschluss über einige wichtige Fragen zur umfassenden Vertiefung der Reform» vorgelegt, der sich ganz bewusst und symbolträchtig in die Reihe dieser Tagungen einordnet. Der Sinologe S. Heilmann bezeichnet ihn als das «mit Abstand um-

fassendste und ambitionierteste nationale Reformprogramm dieses Jahrzehnts.»<sup>3)</sup> In 16 Abschnitten mit insgesamt 60 Punkten wird der Reformbedarf in so ziemlich allen Bereichen der chinesischen Gesellschaft aufgelistet: von Reformen der Staatsbetriebe, des Finanzsektors, des Justizsystems, des Haushalt-Registrierungssystems (Hukou), über die Abschaffung des sog. «LaoJiao» («Systems der Umerziehung durch Arbeit»), die Lockerung der «Ein-Kind-Politik» bis zu Reformen in Verwaltung, Ökologie und Umweltschutz. Das darf zu Recht als ein Programm bezeichnet werden, dass «die Entwicklungsrichtung aller wichtigen Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft der VR China für die nächsten fünf bis zehn Jahre absteckt»<sup>4)</sup>.

Was sind die Schwerpunkte? An erster Stelle ging es um die Wirtschaftspolitik. Bereits auf einer zentralen Propaganda-Tagung am 19. August 2013 hatte Generalsekretär Xi Jinping den wirtschaftlichen Aufbau als das «Herzstück der Parteiarbeit» bezeichnet<sup>5)</sup>. Auf dem 18. Parteitag 2012 war zuvor das Ziel formuliert worden, bis 2020 die Einkommen der chinesischen Bevölkerung noch einmal zu verdoppeln und allen Bürgern des Landes einen moderaten Wohlstand zu ermöglichen. Die KP hält an diesem Ziel fest. Und es wurde bestätigt, dass der gesellschaftliche und soziale Rahmen in dem dieses Ziel erreicht werden soll, ein «Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten» ist. Diese Formulierung nimmt direkten Bezug auf Deng Xiaoping und stellt die Kontinuität der eingeschlagenen Entwicklung von Mao Zedong über Deng, die früheren Generalsekretäre Jiang Zemin, Hu Jintao bis zu der jetzigen Generation der Führung Chinas heraus. Auf dem Weg zu diesem Ziel habe der 18. Parteitag und der dort vollzogene Generationswechsel in der Führung eine neue Etappe eröffnet. Die ist unter anderem durch ein komplizierter gewordenes internationales Umfeld geprägt, aber auch durch alte und neue innere Probleme und Widersprüche, die sich zum Teil weiter zugespitzt haben. Generalsekretär Xi Jinping nennt dabei in seiner Rede vor dem Plenum die Auswirkungen der westlichen Finanz- und Wirtschaftskrisen auf China ebenso wie die hausgemachten Probleme: regionale Disproportionen und Unausgewogenheit in der Wirtschafts- und Einkommensentwicklung, mangelnde Innovationsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Effektivität, die gravierenden Umweltschäden, die ungebremschte Wachstumslogik oder die Exportabhängigkeit der Wirtschaft, aber auch Korruption, Vetternwirtschaft und Verschwendung, die das Vertrauen in Partei und Regierung untergraben<sup>6)</sup>.

Xi Jinping fordert daher, dass die begonnenen Reformen fortgesetzt und vertieft werden und (noch) bessere Bedingungen für die Entwicklung der Wirtschaft und des Landes geschaffen werden müssen. Das bedeute auch, dass das Land weiter geöffnet wird. Bisher noch relativ abgeschlossene Bereiche wie Finanzen, Bildung, Kultur, Gesundheitswesen sollen für ausländische Investitionen zugänglich gemacht werden.

Weiter heißt es, dass das staatliche Eigentum der Kern des chinesischen Wirtschaftssystems bleibt, gleichzeitig aber wird festgestellt, dass die Vielfalt anderer Eigentumsformen als Stützpfiler für den «Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten» und «Grundlage für das System der sozialistischen Marktwirtschaft» weiter entwickelt werden sollen. Das stellt die Quintessenz aus den chinesischen Erfahrungen der vergangenen 30 Jahre Reformpolitik dar: Nach dem Ende der wirtschaftlichen Experimente in den 50er Jahren und während der sog. «Kulturrevolution» hat das Land den wirtschaftlichen Zusammenbruch wie in der ehemaligen Sowjetunion oder in Osteuropa abgewendet, die Stabilität und Einheit Chinas bewahrt und seit den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine bemerkenswerte Entwicklung erfahren. Ein zentrales Element dabei war, dass wieder vielfältige Eigentumsverhältnisse zugelassen und die strikte Planwirtschaft zugunsten einer sozialistischen Marktwirtschaft abgeschafft wurden. Die Ergebnisse dieses Paradigmenwechsels sind heute überall sehr eindrucksvoll in China zu besichtigen.

Viel Aufmerksamkeit hat die in den Dokumenten der Tagung enthaltene Formulierung erfahren, dass dem «Markt» nunmehr eine entscheidende Rolle bei der weiteren Wirtschaftsentwicklung zukomme, etwa bei der Verteilung von Rohstoffen oder bei der Neuorganisation des Verhältnisses zwischen Regierung und Wirtschaft<sup>7)</sup>. Die Botschaft ist vor allem an die großen Staatsunternehmen Chinas gerichtet. Die besitzen in Schlüsselbereichen der Wirtschaft (wie Energie, Rohstoffe, Telekommunikation, Transport, Finanzen u.a.) bislang faktisch Monopole. Deren Verflechtungen mit Partei- und Staatsapparat sowie mit den Banken sind besonders eng. Sie sind anfällig für Korruption und Vetternwirtschaft, sind außerdem vielfach ineffizient und verlustträchtig. Dennoch sind sie in vielerlei Hinsicht weiter das Rückgrat des gegenwärtigen wirtschaftlichen Systems in China und wichtige Stütze des politischen. Das betrifft sowohl ihren – zwar sinkenden, aber immer noch sehr wichtigen – Anteil am Brutto-Sozialprodukt (BSP) des Landes als auch ihre Funktion zur makro-ökonomischen Steuerung und für die Einflussnahme der Partei auf die Wirtschaft und andere Bereiche der Gesellschaft. Im Kontext der chinesischen Reformpolitik sollte man die Formulierung von der «entscheidenden» Rolle des Marktes daher zuallererst als Indiz dafür werten, dass Wettbewerb und

Transparenz in, zwischen und mit den großen Staatsbetrieben im Sinne von Effizienz und Wirtschaftlichkeit gefördert werden sollen. Zugleich geht es auch darum, ein Regulativ gegen Bürokratie, Vetternwirtschaft und Verschwendung zu nutzen, ohne den Einfluss der Partei und des Staates auf die Wirtschaft und die Unternehmen aufzugeben. Dieses Unterfangen kann man getrost als Spagat bezeichnen, den schon einige Regierungen in China seit dem Beginn der Reformpolitik versucht, aber wenig erreicht haben. Diesmal scheint es jedoch ernst zu sein, denn die inneren und äußeren Bedingungen erfordern zwingend Korrekturen. Ein gutes Beispiel zur Illustration des Problems ist die innerchinesische Finanz- und Kreditpolitik. Die großen Staatsunternehmen erhalten bislang bevorzugt und großzügig Kredite von den staatlichen Großbanken. Reformen des Finanzsektors – notwendig für die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt und Voraussetzung für die weitere Integration Chinas in die internationale Wirtschaft - erfordern dagegen zwingend, die Bücher der Staatsbanken von faulen Krediten zu bereinigen. Das geht aber nicht voran, solange die Staatsbetriebe – von den Regierungen der verschiedenen Ebenen aus vielen Gründen sanktioniert - immer wieder mit frischem Geld versorgt werden müssen. Zum anderen müssen schwankende Exporte durch Stärkung des Binnenmarktes ausgeglichen werden. Monopole oder Quasi-Monopole bei Energie, Rohstoffen, Kommunikation oder Verkehr behindern aber die Entwicklung des Binnenmarktes. Gleichzeitig stehen China und die großen chinesischen Staatsunternehmen immer stärker im direkten internationalen Wettbewerb - sei es bei der Öl- oder Kohleförderung, beim Schiffs- oder Autobau, Solartechnik, der Kommunikation oder im Transportwesen. Wie die international viel diskutierten Dumping- oder Subventionsvorwürfe gegen China zeigen, bleibt es eine zentrale Frage für die chinesische Regierung und Wirtschaft, wie sie sich künftig international verhält und wie sie die Interessen des Landes (z.B. in der Rohstoffversorgung) sichert.

Noch kryptisch bleiben hingegen die Aussagen des Plenums zum Umbau des Finanzsektors in China. Es wird allgemein von der wichtigen Rolle und weiteren Öffnung dieses Bereiches gesprochen, konkrete Forderungen und Spekulationen zur vollständigen Einbindung Chinas in die internationalen Finanzsysteme werden nicht bedient. Es wird allerdings auch nicht gesagt, wie die inneren Schief lagen im chinesischen Finanz- und Bankensektor beseitigt werden sollen. Ein Hinweis auf angedachte Alternativen ist die Ankündigung, die Gründung kleiner und mittelgroßer Privatbanken zuzulassen, die vor allem kleinere und mittlere Unternehmen mit den nötigen Krediten versorgen sollen. Letztere sind im gegenwärtigen System benachteiligt, da die staatlichen Großbanken am Bedarf dieser Unternehmen vorbei strukturiert sind. Ergebnis ist ein bedrohlich schnell wachsender sog. «grauer» Bankenmarkt, der sich jeder staatlichen Kontrolle entzieht und die Stabilität des Gesamtsystems gefährdet.

Der Beschluss des Plenums greift auch ein weiteres sog. «heißes Eisen» auf: das Recht auf Besitz von Grund und Boden. Land war und ist seit 1949 in China in staatlichem Besitz und kann seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts allenfalls zur (zeitlich begrenzten) Nutzung vermietet, verpachtet oder anderweitig vergeben werden. Jetzt wird im Kommuniqué der Tagung davon gesprochen, dass den Bauern und der Landbevölkerung mehr Eigentumsrechte gewährt werden sollen. Damit wird einerseits Spekulationen im Vorfeld der Tagung eine Absage erteilt, dass das staatliche Monopol auf Grund und Boden aufgegeben werden soll. Gleichzeitig werden Hoffnungen geweckt, dass die weitverbreitete Praxis der beliebigen und sehr korruptionsanfälligen Verschiebung und Umwidmung von Boden-Nutzungsrechten sowie der grassierenden Spekulation mit Immobilien ein Riegel vorgeschoben wird. Letzteres hat im Verein mit den schnellen Urbanisierungsprozessen in China zu einer spürbaren Abnahme der landwirtschaftlich genutzten Flächen geführt, was letztlich die Lebensmittelversorgung des 1,3 Milliarden-Volkes bedroht. Wie allerdings verhindert werden soll, dass erneut Großgrundbesitz entsteht und die Landbevölkerung ihre Lebensgrundlage einbüßt – in diesem Punkt bleibt das Kommuniqué der Tagung weiterführende Aussagen schuldig: Das lässt darauf schließen, dass die Diskussion darüber noch nicht abgeschlossen ist.

Mit einigen weiteren Beschlüssen hat das Plenum sehr konkret Veränderungen in Aussicht gestellt, die sofort Auswirkungen und Ergebnisse zeigen dürften. Zu nennen wäre hier vor allem die Gründung einer quasi «Super»-Reform-Kommission, genannt «Führungsgruppe für die umfassende Vertiefung der Reformen». Während bisher die Nationale Kommission für Reform und Entwicklung (NDRC) allein die Strategie bestimmt hat, wird damit zum Ausdruck gebracht, dass in die bisherige Arbeit der NDRC künftig weitere Faktoren besser und stärker integriert werden sollen, wie z.B. die soziale Entwicklung, Umwelt und Nachhaltigkeit. Selbstverständlich wird damit vor allem das Signal an Kritiker und Unterstützer des Reformkurses ausgesendet, dass die Partei den Reformprozess führen will. Der jetzige Premier Li Keqiang hatte das in der Vergangenheit bereits gefordert.

Außerdem wurde die Schaffung einer Nationalen Kommission für Staatliche Sicherheit beschlossen. Die Parteizeitung Renmin Ribao (Volkszeitung) bezeichnete ein solches Gremium als «Standard-Ausstattung», dass «ebenso wie Flugzeugträger und Atom-U-Boote zu einer großen Nation»<sup>8)</sup> gehöre. Auch wenn die Zusammensetzung noch nicht bekannt gegeben wurde, kann man davon ausgehen, dass darin nach dem Vorbild des amerikanischen Sicherheitsrates unter Leitung von Präsident und Premier alle sicherheitsrelevanten Institutionen wie Armee, Polizei, Sicherheitsdienste aber beispielsweise auch Außenministerium und Zivilschutz unter einer Leitung zusammengefasst werden sollen, um innere und äußere Bedrohungen rechtzeitig erkennen und begegnen zu können. Es blieb allerdings offen, ob die Kommission ein Partei- oder Regierungsorgan sein wird.

Unbedingt genannt werden muss auch der Beschluss des Plenums, das System «Umerziehung durch Arbeit» (chinesisch: «lao jiao») abzuschaffen. Dieses System, das in den fünfziger Jahren eingeführt worden war, ermöglichte es Polizei und lokalen Behörden, Kleinkriminelle und Gesetzesbrecher, Drogenabhängige, Prostituierte, aber auch Abweichler, Kritiker und Dissidenten ohne Gerichtsurteil bis zu vier Jahre lang in Arbeitslagern festzuhalten. Seit Jahren bemühen sich chinesische Rechtswissenschaftler, Anwälte und Journalisten darum, dass dieses verfassungswidrige System abgeschafft wird. In den letzten Jahren waren in der chinesischen Öffentlichkeit, u.a. durch soziale Medien spektakuläre Fälle veröffentlicht worden, nach denen nachweislich Unschuldige jahrelang in solchen Institutionen festgehalten worden oder gar umgekommen sind. Dem so entstandenen Druck trägt die Partei nun Rechnung, wenngleich wichtig sein wird, wie die gleichzeitig angekündigte Justizreform aussehen wird. Generalsekretär Xi Jinping nannte die Justizreform einen «Schwerpunkt» des Reformpakets des 3. Plenums. Konkrete Schritte und Maßnahmen werden folgen.

Eine weitere wichtige Entscheidung, die China für die nächsten Jahrzehnte prägen wird, ist die Entscheidung, die sog. «Ein-Kind-Politik» zu lockern. Über drei Jahrzehnte lang galt mit wenigen Ausnahmen, dass jedes chinesische Ehepaar nur ein Kind haben durfte. Wer dagegen verstieß, dem drohten berufliche oder materielle Nachteile, finanzielle Sanktionen, manchmal auch körperliche Strafen wie Zwangssterilisation. Das hatte zur Folge, dass die Geburtenrate drastisch zurückging, dass das Bevölkerungswachstum langsamer wurde. Ohne die «Ein-Kind-Politik» hätte China heute schon wahrscheinlich 1,5 Mrd. Einwohner, so sind es «nur» 1,3 Milliarden. Dennoch wächst die Bevölkerung Chinas immer noch, erst nach 2030 kommt das Bevölkerungswachstum zum Stillstand, erst ab 2050 sinkt die Bevölkerungszahl in China. Inzwischen werden jedoch auch die dramatischen Schattenseiten dieser Politik sichtbar. Das Land wird älter, die jungen Menschen werden weniger, und sie stammen zumeist aus «Ein-Kind-Familien». Es leben zwar immer noch deutlich mehr junge Menschen unter dreißig in China als alte, aber schon jetzt ist absehbar, dass die Alterspyramide irgendwann kippt und der Anteil der Alten grösser sein wird als der der jungen. Wissenschaftler vieler Fachrichtungen befassen sich mit den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Folgen – Bildungs- und Gesundheitswesen müssen angepasst werden, die Folgen für den Arbeitsmarkt eingeschätzt, Versicherungs- und Rentensysteme entwickelt, aber vor allem muss ein gesellschaftliches Bewusstsein für die vor sich gehenden und die bevorstehenden Veränderungen geschaffen werden. Ein Schritt auf diesem Weg ist, dass die Partei jetzt Paaren, bei denen beide Partner aus einer «Ein-Kind-Ehe» stammen erlaubt, ein weiteres Kind zu haben. Welche Brisanz das Thema hat, kann man daran erkennen, dass im Internet und den sozialen Medien sofort eine intensive Diskussion darüber losbrach, ob überhaupt noch jemand in China zwei Kinder haben will.

Laut Hu Angang, dem Direktor des Forschungsinstituts für Nationale Bedingungen an der Pekinger Qinghua-Universität, dauerte es fast zwei Jahre, die oben genannten Entscheidungen in zwei Phasen vorzubereiten und zu entwerfen. Die erste Phase war ein einjähriger Prozess des Entwurfs eines Berichts an den 18. Parteitag der KP Chinas, der vergangenen November verabschiedet wurde. Seit der Verabschiedung des Berichts begann Chinas neue Führung mit den Arbeiten am Entwurf des jetzigen Reformbeschlusses<sup>9)</sup>. Es dauerte wiederum ein Jahr, in dem die Führung in einer systematischen Reise- und Inspektionstätigkeit Informationen sammelte, sich mit Experten und Wissenschaftlern traf und in unzähligen internen Diskussionsrunden die Entscheidungen vorbereitet hat. Was uns im Westen zuweilen irritiert und aufgrund seiner formelhaften bis hölzernen Formulierungen erheitert oder verstört, ist das Ergebnis mühsam ausgehandelter Kompromisse, der möglichst viele Interessen in dem Riesenland zusammenführen und auf ein Ziel einschwören muss.

Ein Beispiel dafür ist der im Kommuniqué der 3. Tagung leitbildhaft formulierte «Traum von der Wiederauferstehung der chinesischen Nation». Seit Monaten schon kann man in ganz China Plakate und Poster sehen, auf denen der «chinesische Traum» mit traditionellen Comic-Figuren thematisiert wird. Es geht vor allem darum, allein auf Konsum und materielle Werte orientierte Denk- und Verhaltensmuster und verloren gegangene Werte aus der Vergangenheit durch neue zeitgemäße Orientierungen zu ersetzen. Analogien zum «American Dream» sind wohl nicht zufällig. Die «Wiederauferstehung der chinesischen Nation» bleibt dabei ein zentrales Thema.

Der Devise von Deng Xiaoping folgend, «die Steine ertastend den Fluss überqueren», hält man sich weniger damit auf, verschiedene «-ismen» für China zu diskutieren, China befände sich noch für eine sehr lange Zeit in einem «vorsozialistischem» Entwicklungsstadium, heißt es im Beschluss des Plenums. Das schließt ein, dass sich eine sozialistische Marktwirtschaft erst noch vollständig entwickeln müsse. Dafür wird dann mit konkreten Inhalten und Methoden in kleinen abgeschlossenen Gebieten experimentiert, um schlussendlich das/die Wirksamste(n) landesweit einzuführen. Ein sehr anschauliches Beispiel dafür war die Gründung von wirtschaftlichen Sonderzonen in den 80er Jahren, die heute zur Grundlage des chinesischen Wirtschaftswunders geworden sind. Vor kurzem hat Premier Li Keqiang in Shanghai eine neue Freihandelszone eröffnet. Auf kleinem Raum am Stadtrand des chinesischen Finanz- und Handelszentrums Shanghai soll getestet werden, was passiert, wenn sich die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt China den internationalen Finanzmärkten öffnet.

Es wäre fatal, und Chinakenner wie S. Heilmann warnen eindringlich davor, die Reform- und Innovationsfähigkeit des chinesischen Systems zu unterschätzen.

12. Dezember 2013

Quellen und weiterführende Literatur:

- 1) R. Rupp, Ritt auf dem Tiger, Junge Welt vom 13.11.2013
- 2) R. Geffken, Weichenstellung für mehr »Macht des Marktes«, Neues Deutschland, 20.11.2013
- 3) S. Heilmann, Mehr Markt, mehr Partei, Süddeutsche Zeitung, 18.11.2013
- 4) Helmut Ettinger, Information über das 3. Plenum des 18. Zentralkomitees der KP Chinas (Peking, 9. – 12. 11. 2013), 28.11.2013
- 5) Materialien der Zentralen Propagandakonferenz vom 19. August 2013; Siehe <http://theory.people.com.cn/n/2013/0918/c40555-22960439.html>
- 6) Rede von Xi Jinping auf dem 3. Plenum des 18. ZK der KP Chinas, «中共中央关于全面深化改革若干重大问题的决定», <http://cpc.people.com.cn/n/2013/1115/c64094-23559163.html>
- 7) Zitat und nachfolgende Beispiele sind dem „Beschluss über einige wichtige Fragen zur umfassenden Vertiefung der Reform“ entnommen, siehe: China Daily, November 16, 2013; [http://www.china.org.cn/china/third\\_plenary\\_session/2013-11/16/content\\_30620736.htm](http://www.china.org.cn/china/third_plenary_session/2013-11/16/content_30620736.htm) ; eine Zusammenfassung der Beschlüsse ist zu finden unter: <http://www.globaltimes.cn/content/825190.shtml#.UqlzFfQW0Y9>
- 8) Renmin Ribao vom 13.11.2013
- 9) Siehe [http://de.ce.cn/politik/politik/201311/19/t20131119\\_1213804.shtml](http://de.ce.cn/politik/politik/201311/19/t20131119_1213804.shtml)